

## **Landrat Cay Süberkrüb**

### **Kreishaushaltsverabschiedung 2012 - 18.06.2012**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem seit der Haushaltseinbringung fast ein halbes Jahr verstrichen ist, werden Kreisdirektor Roland Butz und ich zunächst in den heutigen Stand der Haushaltsentwicklung einführen, es folgen die Haushaltsreden der Fraktionen.

Im März wurde auf Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP die Beschlussfassung über den Kreishaushalt verschoben. Der Beschluss sah die Entwicklung eines regionalen Masterplans mit weiteren Konsolidierungsmaßnahmen vor.

Er wird im Anschluss von Kreisdirektor Roland Butz vorgestellt.

Meine Damen und Herren,

die Finanzmisere des Kreises und der Städte, sowie unsere konkreten Forderungen gegenüber dem Land und des Bundes sind Ihnen bekannt.

Die Lage ist schlicht und einfach katastrophal! Das Emschertal ist der finanzwirtschaftliche Marianengraben der Republik.

Was war die Vorgeschichte?

Am 15. Januar 2010 trafen sich hier in diesem Saal Vertreter der Städte und des Kreises mit dem damaligen Regierungspräsidenten Dr. Paziorek.

Die Bezirksregierung als obere Aufsichtsbehörde musste damals die Förderung verschiedener Projekte aussetzen und sagte Fördergespräche ab.

Verabredet wurden 2010 dann ein Dreisatz und ein Doppelschritt.

Der Dreisatz sah vor,

- dass die Städte die notwendige Anhebung der Kreisumlage akzeptieren.
- dass der Kreis der Forderung der Bezirksregierung nach einer auskömmlichen Anhebung der Kreisumlage nachkommt.
- dass die Bezirksregierung alles tut, um zu verhindern, dass die Region von Fördermaßnahmen abgeschnitten wird.

Dies wurde in einem Doppelschritt umgesetzt:

- 2010 wurde die Kreisumlage auf 52,98% angehoben.
- Für die Haushalte ab 2011 haben der Kreis, die Städte und die Bezirksregierung gemeinsam an weiteren Verbesserungen der finanziellen Lage gearbeitet.

Ein Resultat dieser Vereinbarungen war die Einrichtung der Finanzkommission zur Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit.

Die Bezirksregierung hat Wort gehalten und hält es weiter. Allein im Jahre 2011 sind über 40 Millionen Euro an Fördermitteln an die Städte des Kreises Recklinghausen geflossen.

Erstaunlich, dass gerade eine tief im Westen unseres Kreises liegende Stadt, die im Jahre 2011 mit über 27 Millionen Euro am meisten von diesen Vereinbarungen profitierte, die war, die am lautesten gegen Kreis und Bezirksregierung wettete.

Die bisherigen Ergebnisse der interkommunalen Zusammenarbeit sind allerdings deutlich hinter den Erwartungen geblieben.

Woran liegt das?

Sicherlich auch daran, dass unsere Region unglaublich komplex strukturiert ist, dass es im Vest viele hohe Kirchtürme gibt und die Rahmenbedingungen, Möglichkeiten und Potenziale nicht an allen Stellen so vorhanden sind, wie es sich viele am Start vorgestellt hatten.

Städte sind in ihrem Stadtgebiet ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung. Das ist einer der Kernsätze der kommunalen Selbstverwaltung. Kreise sind ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung für die auf das Kreisgebiet begrenzten überörtlichen Angelegenheiten.

Damit wäre eigentlich alles gesagt: Vor Ort handeln die Städte, regional der Kreis.

Die emotionale Seite spricht eine andere Sprache – sie ist geprägt von der Sorge, der Kreis könne oder wolle den Städten etwas wegnehmen, von der Angst vor Zentralismus.

Damit war auch der Wille oder der Zwang zur Einigung noch nicht in ausreichenden Maß vorhanden.

Wenn die weitere Zusammenarbeit, die von Seiten der drei Fraktionen SPD, Grüne und FDP am 12.03. zu Recht eingefordert und nach Vereinbarung der Finanzkommission mit der Bezirksregierung im zweiten Halbjahr 2012 dieses Jahres fortgesetzt werden soll, zum Erfolg führen soll, geht das nur gemeinsam.

Wir müssen Strukturen neu denken, gewohnte Verhaltensmuster ablegen. Weiterführende Ansätze, beispielsweise im Bereich der Wirtschaftsförderung, sind im Masterplan genannt.

Eine Forderung, der Kreis möge seine Leistungen in diesem Bereich aufgeben und schon wäre alles gut, ist allerdings keine Lösung. Die Wirtschaftsförderung in der Region braucht

**mehr** und nicht weniger Schlagkraft! Gerade in diesem Bereich ist es wichtig,

Kirchturmdenken abzulegen, um die gesamte Region nach vorne zu bringen.

Der Kreis wird sich auch bei diesem Thema weiterhin aktiv einbringen.

Seit den Vereinbarungen mit der Bezirksregierung im Jahre 2010 hat sich vieles geändert.

Die Finanzmisere hat sich weiter zugespitzt und ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Stellen Sie sich jetzt nur eine leichte Normalisierung des Zinsniveaus vor...

Das Land hat substantiell und schnell geholfen – allerdings reicht diese Hilfe auch in Verbindung mit kommunalen Streichorchestern nicht aus, die kommunalen Haushalte wieder annähernd ins Lot zu bringen. Dazu brauchen wir unbedingt eine faire Übernahme von Sozialleistungen durch den Bund, der diese Musik ja auch bestellt hat.

Die wirkliche Krux liegt nicht in den überbordenden kommunalen Ausgaben. Sie liegt darin, dass Bund und Länder keine gemeinsame Vorstellung davon haben, welche Aufgaben gesamtstaatlich mit welchen Einnahmen erbracht werden sollen.

Das strukturelle Defizit wird in den Städten sichtbar. Sein Grund liegt beim Bund.

Der kommunale Stärkungspakt, wie man ihn auch politisch bewertet, sowie die Änderung des § 76 GO haben veränderte Rahmenbedingungen, konkrete Hilfen aber auch neue Herausforderungen bisher unbekanntes Ausmaßes mit sich gebracht.

Ich habe bereits am 12. März auf die tiefe Verärgerung, Frustration, aber auch Hilflosigkeit, die in den Städten und auch bei uns im Kreis aufgrund der Finanzsituation herrscht, hingewiesen.

Der englische Premier Winston Churchill sagte seinen Landsleuten im Zweiten Weltkrieg, er habe nichts anzubieten, als Blood, Sweat and Tears – Blut, Schweiß und Tränen.

Unsere Lage heute ist unvergleichlich besser, allerdings stehen auch wir vor großen Herausforderungen.

Der Kreis hat in den vergangenen Jahren massive Konsolidierungsanstrengungen unternommen.

Er hat sich im Jahre 2008 auf Wunsch und zur Entlastung der Städte bilanziell überschuldet. Dies scheint völlig vergessen.

Der Kreis hat seit dem Jahr 2008, und damit bereits länger als die Städte, keine Beamtenbeförderungen mehr vorgenommen. Die Behauptung, der Kreis befördere auf Kosten der Städte fleißig weiter, ist schlicht gelogen. Für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das nur schwer zu ertragen und ein Schlag ins Gesicht.

Die Konsolidierungsliste steht denen der Städte in nichts nach. Allein 40 Millionen Euro an Personalkosten hat der Kreis in den letzten Jahren eingespart. Den Beförderungsstau allerdings werden wir in nächster Zeit abbauen müssen, um nicht hervorragende Mitarbeiter zu verlieren, weil sie anderswo besser bezahlt werden.

Ebenso wie die Städte, befindet sich der Kreis seit Jahren in der Haushaltskonsolidierung. Freiwillige Aufgaben sind kaum noch vorhanden.

Dennoch haben wir uns im Rahmen des regionalen Masterplans der Aufgabe gestellt, weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu entwickeln. Das geht nicht von heute auf morgen. Das braucht jetzt den politischen Startschuss, um im Laufe der Jahre voll zum Tragen zu kommen.

Klar ist in diesem Zusammenhang, dass wir nicht mehr übers Sparen, sondern übers Streichen und Kürzen sprechen müssen. Die Qualität der Arbeit wird leiden und die Bearbeitungszeit zunehmen – das werden die Menschen im Kreis Recklinghausen, das werden auch die Städte bei den Leistungen, die sie vom Kreis erwarten, unmittelbar zu spüren bekommen. Das ist nicht anders, als in den Städten.

Die aktuellen Hinweise des Personalrates, Martina Pestke, verstehe ich allerdings nicht: Einsparungen im Stellenplan funktionieren nur, wenn die Aufgaben entsprechend angepasst werden. Die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden wir gemeinsam im Blick haben und uns um sachgerechte und für die Kolleginnen und Kollegen tragbare Lösungen kümmern.

Insgesamt, mit Masterplan und dem vorliegenden Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP sind Einsparungen in Höhe von über 80 Millionen Euro binnen 10 Jahren vorgesehen. Die strukturelle Senkung der Kreisumlage sowie der Wegfall von weiteren 100 Personalstellen werden tief greifende Auswirkungen haben. Das alles ist hart, aber machbar.

Dennoch sind die Zielsetzungen und Vorgaben in der jetzigen Situation unvermeidbar!

Sie warten sicher auf ein Thema: Kreishaussanierung.

Mit der flächenreduzierten und energetisch optimierten Vollsanieung des Kreishauses sollten weitere 20 Millionen Euro innerhalb von 20 Jahren bei der Gebäudeunterhaltung eingespart werden.

„Die Überlegungen des Landrats hinsichtlich des papierlosen, nonterritorialen Büros sind aller Ehren wert und hätten bei einem Neubau des Kreishauses vollends berücksichtigt werden müssen“ – ich füge hinzu: auch bei einer Vollsanieung.

Die Finanzsituation der Kommunen zwingt uns aber dazu, die Sicherung der kurzfristigen Liquidität der auf Zeit wirtschaftlicheren Lösung vorzuziehen.

Dazu gibt es einen breiten parteiübergreifenden Konsens, in den kommenden Jahren nur die notwendigsten Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Das Thema Vollsanierung ist vom Tisch, darin stimmen alle Fraktionen mit mir überein.

Zu diesem Thema ist in den letzten Tagen und Wochen vieles, leider auch viel Falsches, gesagt und geschrieben worden. Die Antworten auf die von den Fraktionen gestellten Fragen liegen Ihnen schriftlich vor.

Sie, Herr Hegemann, werfen mir vor, das neuerliche Brandschutzgutachten in Auftrag gegeben zu haben und bemühen in diesem Zusammenhang Begriffe wie „Untreue“.

Sie, Herr Hovenjürgen, rühmen sich in einem Leserbrief, dass der Kreistag erst auf Initiative der Union den Beschluss gefasst habe, ein Brandschutzgutachten zu erstellen.

Merkwürdig, so unabgestimmt sind Ihre Vorwürfe selten.

Zur Aufklärung: Am 17.10.2011 beschloss der Kreistag einstimmig, durch einen Gutachter das vorliegende Brandschutzkonzept, die vorliegende Untersuchung der elektrischen Anlagen und die Erkenntnisse zur Heizungs- und Lüftungstechnik auf das unabdingbare gesetzliche Mindestmaß überprüfen zu lassen. Die Gutachten liegen Ihnen vor.

Weiterhin, Herr Hegemann, werfen sie mir vor, einen vom Kreisausschuss zur Vergabe freigegebenen Projektsteuerer für 193.000,- € beauftragt zu haben.

Erinnern Sie sich, dass ich nach dem Vorstoß, auf die Vollsanierung zu verzichten und nur die Minimallösung umzusetzen, zugesagt habe, die Ausschreibung eines Projektsteuerers erst nach Klärung dieser Frage vorzunehmen? Natürlich wurde kein solcher Auftrag erteilt. Und, Herr Hegemann, das wissen Sie auch ganz genau.

„Die Überlegungen des Landrats hinsichtlich des papierlosen, nonterritorialen Büros sind aller Ehren wert und hätten bei einem Neubau des Kreishauses vollends berücksichtigt werden müssen“ – sie erinnern sich. Ich vergaß die Quelle zu nennen: Lothar Hegemann, Ende September 2011.

Die viel diskutierte Frage nach den notwendigen brandschutztechnischen Maßnahmen ist einfach.

In den Jahren 2004 bis 2008 wurden Untersuchungen zum Brandschutz vorgenommen, die Ihnen bekannt sind.

Sie führten 2008 zu einer Baugenehmigung mit klaren Auflagen durch die Stadt Recklinghausen. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wurde durch das jüngste Brandschutzgutachten von DMT bestätigt, zum Teil erweitert.

Angeblich soll schon 2007 / 2008 der non territoriale Ansatz Grundlage für den Bauantrag gewesen sein.

Das überrascht denn doch. Erst am 2. Juni 2010 und nicht im Brandschutzbauantrag 2007/2008 wurde die Bauaufsicht der Stadt Recklinghausen durch der Kreisverwaltung routinemäßig informiert, dass die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes 2008 bis 2016 vorerst gestoppt worden sei, weil Kreistag und Kreisverwaltung in der Diskussion über eine komplette Umstrukturierung stünden.

Wenn nun Bürgermeister Pantförder der Ansicht wäre, dass die von ihm 2008 verfügten Maßnahmen gar nicht in vollem Umfang erforderlich seien, würde das die Sachlage ändern. Bisher kennen wir keine neuen Erkenntnisse aus dem Rathaus, sondern hören nur von neuen Bewertungen. Im Interesse meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch um Sie, die Kreistagsmitglieder und mich haftungsrechtlich zu schützen, reichen allerdings mündliche Hinweise unter „Verschiedenem“ der Stadt Recklinghausen nicht aus.

Zunächst kamen die Brandschutzmitarbeiter aus Recklinghausen quasi inkognito, später wieder angekündigt, um das Kreishaus in Augenschein zu nehmen. Wir sind im fachlichen Gespräch. Der Stadt Recklinghausen hat, wie alle Fraktionen des Kreistages, die neuesten Gutachten zum Brandschutz.

Seit dem 14.6. liegt mir der Vorschlag der Stadt Recklinghausen vor, die vorgefundenen Brandschutzmängel vor der Ausarbeitung des Brandschauberichtes gemeinsam zu bewerten. Diesen Vorschlag teile ich – dazu wird kurzfristig ein Treffen stattfinden.

Ich benötige und erwarte allerdings eine klare und schriftliche Stellungnahme zu den aus Sicht der Bauaufsicht notwendigen Schritten und Maßnahmen. Wenn sich die Sicht gegenüber 2008 verändert, wenn heute weniger erforderlich wäre, als 2008, umso besser. Dass alles im Lot ist, kann ich mir nach der Lektüre der ergänzenden Fachgutachten beim besten Willen nicht vorstellen – und klar ist auch: bei der Sicherheit für Besucher Mitarbeiter und natürlich auch Kreispolitiker gibt es keine Kompromisse.

Ach ja, Sie erinnern sich noch an die „Heerscharen“ von Mitarbeitern, die nach Holland gefahren sind – fast könnte man meine, jeder Mitarbeiter sei mindestens zweimal dort gewesen. Herr Hovenjürgen meint, das sei ungeheuerlich, weil ohne Auftrag des Kreistages. Seien Sie sicher: Dienstreisen meiner Mitarbeiter werde ich auch künftig genehmigen, ohne Sie zu fragen.

Es waren 150 Mitarbeiter und 51 Politiker in Holland – soviel zu den Heerscharen – soweit auch zur Kreishaussanierung.

Zusammenfassend war und ist die bittere Wahrheit:

Der Kreis kann den Städten helfen, er hat 2008 mit dem Gang in die bilanzielle Überschuldung die Not der Städte abgefedert– lösen kann er die Finanzmisere allerdings nicht. Das bekennende CDU Mitglied, der ehemalige Regierungspräsident, Dr. Paziorek, schrieb am 07.04.2011 der Marler CDU folgendes ins Stammbuch – Sie erinnern sich, Herr Dargel.

Ich zitiere: „Insoweit steht es dem Rat frei, eigene Sparvorschläge einzubringen und diese gegebenenfalls zu beschließen, eines Abwartens auf etwaige (Spar)Vorschläge der Verwaltung bedarf es hierzu nicht, zumal eine Bindung des Rates an Beschlussvorlagen der Verwaltung nicht besteht.“ und weiter:

„Auch wenn die Finanzlage der betreffenden Gemeinde sehr angespannt und unter Umständen selbst die Erfüllung von Pflichtaufgaben nicht mehr sichergestellt ist, liegt es innerhalb des Gestaltungsspielraums der Gemeinde, durch ihre demokratisch gewählten Organe, und nicht durch deren Verwaltung, zu entscheiden, wie die notwendige Reduzierung freiwilliger Leistungen und der Erzielung zusätzlicher Einnahmen erfolgen soll. Ich bitte Sie, Ihrer Verantwortung nunmehr auch nachzukommen.“

In diesem Sinne danke ich allen Fraktionen, die konstruktiv mitgearbeitet haben, besonders der SPD, Bündnis90/Die Grünen und der FDP für Ihre Vorschläge, Ideen und Kooperation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

politische Auseinandersetzungen gehören zum demokratischen Prozess dazu. Auch dabei gibt es Grenzen!

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung leisten gute Arbeit, viele von Ihnen, beispielsweise im Rahmen der Umstellung zur Option, bei der Aufstellung des HSK-Masterplans oder auch im alltäglichen Geschäft weit über das übliche Maß hinaus.

Sie sind bereit am Wochenende, an Feiertagen, weit über die üblichen acht Stunden am Tag hinaus zu arbeiten. Oft unter großem Druck und hohen Belastungen.

Viele erfüllen seit Jahren Aufgaben, für die Sie noch gar nicht bezahlt werden, weil sie auf ihre Beförderung warten müssen. Und trotzdem leisten sie sie.

Ich halte es insbesondere, aber auch grundsätzlich vor diesem Hintergrund für schäbig und ungehörig, wenn eben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verunglimpft, teils persönlich angegriffen und gezielt das alte Vorurteil des faulen Verwaltungsmitarbeiters bedient wird. Das muss abgestellt werden.

Zur politischen Auseinandersetzung gehört auch eine politische Kultur des gegenseitigen Respekts, zu der alle zurückkehren sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist aktuell verständlich, dass das Haushalts- und Finanzthema alle anderen Themen überdeckt.

Dennoch wiederhole ich es immer wieder, weil es meine feste Überzeugung ist:

bei allen Schwierigkeiten, Problemen und Herausforderungen, gibt es vieles, was wir erreicht haben – Dinge, die auf einem guten Weg sind, die sich in unserer Region positiv entwickeln und auf die wir gemeinsam im Sinne der Region stolz sein können.

Zwei Beispiele:

1. Auch der Kreis Recklinghausen profitiert vom gesamtkonjunkturellen Aufschwung. Erstmals seit Jahren ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze wieder über die Marke von 150.000 gestiegen. Was OPEL, was Zechenschließungen, was Energieversorgungsfragen hier auch an Risiken bringen mögen: Das Potential ist vorhanden!
2. Die Abiturientenquote entwickelt sich positiv; auch bildungspolitisch ist unsere Region keine Verliererregion. Ich freue mich, dass die Bildungsstatistiker endlich begreifen, dass auch die qualifizierten Abschlüsse der Berufskollegs wie FHR bis hin zur AHR gerade bei uns der Türöffner für spätere Studien und Berufstätigkeit sind. Lassen Sie mich hier aus Schweden und Polen aus dem letzten trilateralen Treffen berichten: beide sind interessiert bis neidisch, was unsere berufliche Bildung angeht.

Kreisdirektor Roland Butz wird jetzt die Einzelheiten zu den Veränderungen im Haushalt vorstellen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Glückauf